

## **Antrag**

**der Abgeordneten Ursula Lötzer, Dr. Barbara Höll, Rolf Kutzmutz, Dr. Christa Luft, Carsten Hübner, Dr. Winfried Wolf, Dr. Uwe-Jens Rössel, Eva-Maria Bulling-Schröter, Uwe Hixsch, Gerhard Jüttemann, Christine Ostrowski, Kersten Naumann, Rosel Neuhäuser und der Fraktion der PDS**

### **Reform der internationalen Finanzarchitektur**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Im Zuge der Finanzmarktkrisen seit 1997 verstärkte sich die Kritik am Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Deren Antworten auf die Krisen in Asien, Russland und Lateinamerika, aber auch die Instrumente der Krisenprävention stellten sich als unzureichend heraus. Unstrittig ist, dass die vorgeschlagenen Politikrezepte und das Agieren von IWF und Weltbank zur Verschärfung der sozialen Probleme in den betroffenen Ländern beitrugen. Infolge dessen wurden zahlreiche Vorschläge zur Reform der internationalen Finanzarchitektur von Regierungen, Internationalen Organisationen und Forschungsinstituten vorgestellt. Die Vorschläge betrafen sowohl die Institutionen und deren Aufgaben als auch die über sie durchgesetzte Wirtschaftspolitik. Die Zeit wurde trotz der Dringlichkeit und der Gefahren, die von instabilen Finanzmärkten ausgehen, jedoch kaum genutzt. Politische Handlungen zur umfassenden Reform, die das Problem der Verschuldung von Entwicklungs- und Schwellenländern und die zentrale Rolle der Industrieländer thematisieren müssten, unterblieben. Alle bisherigen Reformschritte sind unzureichend, da sie sich zu stark auf mikroökonomische Verbesserungen, vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern, konzentrierten und nicht den Kern von Finanzmarktkrisen berühren (Report of the Managing Director to the Interim Committee on Progress in Strengthening the Architecture of the International Financial System; September 1999).

Die international agierenden Finanzinstitute und Konzerne sind zu einer Macht geworden, die zunehmend die Politik bestimmt. Immer mehr Lebensbereiche sind davon betroffen, obwohl die gefällten Entscheidungen nicht demokratisch legitimiert sind. Mit der Drohung, auf einen anderen Standort oder in eines der Steuerparadiese und Offshore-Zentren auszuweichen, verfügen Finanzkonzerne und Kapitalbesitzer über ein Erpressungspotential, mit dem sie die Politik gewählter Parlamente disziplinieren können. Dieses Problem besteht aufgrund der Liberalisierung des Kapitalverkehrs für alle Länder.

Trotzdem hat sich in den letzten Jahren die Reformdiskussion geändert, denn die westlichen Regierungen, Banken und Unternehmen sehen offensichtlich für sich selbst immer weniger Handlungsbedarf. Nachdem die jüngsten Krisen in den Schwellen- und Entwicklungsländern nicht zur Ansteckung der eigenen Volkswirtschaften führten und die negativen Wirkungen in den Industrieländern relativ begrenzt blieben, ließ auch die Bereitschaft merklich nach, die politische Verantwortung für die Krise zu übernehmen. Während man zu Beginn der Krise noch bereit war, weitergehende Reformen vorzunehmen, ist heutzutage nur noch von Korrekturen in den Entwicklungs- und Schwellenländern die Rede. In der bisherigen Reformdiskussion zeigt sich die unterschiedliche Gewichtung der Interessen: Auf der einen Seite stehen die G-7-Staaten, die den Krisen- und Schuldnerländern nicht nur die Kosten der Finanzmarktkrisen aufbürden, sondern in diesen Ländern die Hauptursachen der Probleme ausmachen und die alleine die Verantwortung für die Krisen hätten. Auf der anderen Seite können die Entwicklungs- und Schwellenländer aufgrund des unterschiedlich gewichteten Stimmverhältnisses im IWF und der Weltbank keine Vorschläge durchsetzen, die die Industrieländer zu einer veränderten Wirtschafts- und Finanzpolitik zwingen würde, die zukünftige Krisen minimieren könnten. Diese Art der Verteilung der Verantwortung führt damit nicht nur in handelspolitischen Fragen zur Ungleichheit, sondern drückt sich auch in der Diskussion um eine neue internationale Finanzarchitektur aus.

Fragen zur Zukunft von IWF und Weltbank ergeben sich nicht erst durch den „Meltzer-Bericht“ des US-Finanzministeriums (International Financial Institution Advisory Commission). Die Diskussion um eine neue Finanzarchitektur bekommt durch die dort enthaltene marktradikale Kritik aber eine zusätzliche Komponente, die über Finanzmarktkrisen und ihre Prävention hinausweist. Die geforderte Reduzierung der öffentlichen Entwicklungshilfe, die Konzentration der Kreditvergabe auf die ärmsten Länder und eine Verknüpfung von Schuldenerlass mit einer vorherigen Strukturanpassung wird den Problemen der globalen Ungleichheit nicht gerecht. Unterstellt wird, dass die benötigten Finanzmittel für eine soziale, nachhaltige Entwicklung durch private Kreditgeber oder die Finanzmärkten zur Verfügung gestellt werden könnten. Dies ist jedoch unrealistisch. Es gibt eine klare Konzentration des privaten Kapitals auf wenige Länder, die auf steigende Privatkredite und Direktinvestitionen zurückgreifen könnten. Mehr als 130 Länder haben nicht diesen Zugang bzw. in diese Länder fließt kein Kapital trotz liberalisierter Finanzmärkte. Damit sind sie mehr als zuvor auf die öffentliche, staatlich organisierte bi- und multilaterale Entwicklungshilfe angewiesen. Gleichzeitig bestätigt der „Meltzer-Bericht“ die seit Jahrzehnten vorgebrachte internationale Kritik von Nichtregierungsorganisationen und zahlreichen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, dass der IWF in den letzten 25 Jahren statt ökonomisches Wachstum zu befördern, wirtschaftliche Stagnation verursachte. Auch die Weltbank hat, gemessen an ihrem Auftrag der Reduzierung weltweiter Armut, komplett versagt. Richtig festgestellt wird außerdem, dass beide Institutionen die Schlüsselinstitutionen sind, mit denen die G-7-Staaten ihre Interessen durchsetzen. Für den IWF gilt speziell, dass er primär nach US-Vorgaben handelt.

Die Generalversammlung von IWF und Weltbank vom 25. bis 29. September 2000 in Prag sollte genutzt werden, umfassende Reformen auf den Weg zu bringen. Die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union haben dabei eine besondere Verantwortung aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und ihres kumulierten Stimmanteils im IWF. Die Bundesregierung könnte hier eine zentrale Rolle in der Diskussion um die Ausrichtung der Institutionen und einer neuen Finanzarchitektur einnehmen, die erste Schritte für eine sozial gerechte Weltwirtschaftsordnung umsetzt. Bisher fehlt jedoch ein umfassendes Konzept der Bundesregierung und es ist unklar, wie sie die im Kontext der Konferenz

„Regieren im 21. Jahrhundert“ erhobene Forderung nach einer Regulierung der internationalen Finanzmärkte, umsetzen will. Ein zielführendes Konzept müsste die Reform von IWF und Weltbank, die Regulierung der internationalen Finanzmärkte und die Überwindung der globalen Ungleichheit miteinander verbinden. Die Fraktion der PDS hat solche Vorschläge bereits im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels 1999 der G8 in Köln (Bundestagsdrucksache 14/954) und der 3. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Seattle (Bundestagsdrucksache 14/1834) eingebracht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- I. sich für grundsätzliche Reformen von IWF und Weltbank einzusetzen,
  - die zur Erhöhung der Transparenz und Verminderung von Finanzmarktrisiken führen (Rechenschaftspflicht der Institutionen und unabhängige Evaluation);
  - die zur Demokratisierung der Entscheidungen führen, indem das Stimmrecht der Entwicklungs- und Schwellenländer stärker als bisher gewichtet wird;
  - die engere Anbindung an die Vereinten Nationen gewährleisten, eine Rechenschaftspflicht ihr gegenüber einführen und damit das vorwiegend an den Interessen der Industrieländer und v. a. der USA ausgerichtete, sozial kontraproduktive Agieren von IWF und Weltbank zu beenden;
  - die eine strikte Aufgabentrennung der Institutionen vorsieht, indem u. a. die verfehlten IWF-Kreditkonditionalitäten aufgehoben und durch Auflagen zur Einhaltung der Menschenrechte und der friedlichen Koexistenz ersetzt und die Eingriffe in die Wirtschafts- und Sozialpolitik des kreditnehmenden Landes beschränkt werden;
  - indem der IWF sich langfristig aus der Entwicklungsfinanzierung zurückzieht und sich auf sein Kernmandat, kurzfristige Zahlungsbilanzdefizite und Liquiditätskrisen auszugleichen und die Stabilität der internationalen Währungsbeziehungen zu gewährleisten, konzentriert;
  - die zur Abschaffung der Strukturanpassungsprogramme und aller damit verbundenen Instrumente dienen (ESAF, PRGF, PRSP);
  - die dabei jedoch die Zuständigkeit des IWF nicht so erweitern, dass die Liberalisierung der nationalen Finanzsysteme für Auslandskapital zu seinen Aufgaben zählen würde, und den Artikel VI des IWF-Statuts (Möglichkeit der Beschränkung des Kapitalverkehrs) unverändert beizubehalten;
  - die eine Abkehr von der primären Politik der Liberalisierung des nationalen Kapitalmarktes unterstützen und stattdessen Empfehlungen zur Einführung bzw. Beibehaltung von Kapitalverkehrskontrollen abgeben, die den kurzfristigen Zu- und Abfluss regulieren;
  - welche bei der Kreditvergabe (privat und öffentlich) Bestimmungen zur Umschuldung (z. B. von kurzfristiger auf langfristige Laufzeiten bei veränderten Zinssätzen) und zur Aussetzung der Zahlungen im Krisenfall enthalten, um damit Liquiditätsprobleme in den Ländern und Beistandskredite zur Finanzierung privater Ausfälle (bail-out) zu verhindern;
  - die in Verbindung mit der UNCTAD und anderen UN-Organisationen zum Aufbau eines internationalen Insolvenzrechts für verschuldete Staaten führen sollen;

2. prozessuale und weitere institutionelle Reformen vorzuschlagen,
  - die zur Verbesserung der internationalen Banken- und Kreditaufsicht führen und eine Zulässigkeit der Intervention beinhalten;
  - die zur Schaffung einer internationalen Kreditversicherung führen, um eine exzessive Kreditvergabe vor allem an „highly leveraged institution“ (Hedgefonds) zu verhindern und private Risiken privat abzusichern und die Verluste, nicht wie bisher, auf den Steuerzahler abzuwälzen;
  - die Empfehlungen des Financial Stability Forums (Report of the Working Group on Highly Leveraged Institutions) aufgreifen und weiterentwickeln, damit der Kredithebel zu Spekulationszwecken für Hedge Fonds eingeschränkt wird;
  - mit dem Ziel des Verbots bestimmter Derivatgeschäfte, die ökonomisch keine Funktion haben und nur der Spekulation dienen;
  - um anknüpfend an den jüngsten OECD-Report (Towards Global Tax Cooperation – Progress in Identifying and Eliminating Harmful Tax Practices) und des Financial Stability Forums (Report of the Working Group on Offshore Financial Centres) Maßnahmen zu ergreifen, die Offshore-Finanzzentren abzuschaffen bzw. die Banken und Finanzinstitutionen mit Sanktionen zu belegen, die Geschäfte mit diesen tätigen;
  - die eine Bardepotpflicht für Kredite aus dem Ausland mit kurzer Laufzeit und/oder der Einführung einer Kapitalverkehrsteuer (Tobin-Steuer/Transaktionsteuer/Withholding Tax) ermöglichen bzw. im Rahmen der G7 umsetzen, um die kurzfristigen spekulativen Kapitalströme zu verringern;
  - die eine Wechselkursstabilisierung zwischen den Währungen der G3 (US-Dollar, Euro, Yen) ermöglichen;
3. einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel einzuleiten und auf internationaler Ebene zu flankieren,
  - der auf einer koordinierten, nachfrageorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den G7-Ländern aufbaut;
  - der eine Verständigung über internationale Maßnahmen zum langfristigen Ausgleich von Leistungsbilanzen befördert und das Problem einer strukturellen Verschuldung vermeidet;
  - der den Entwicklungs- und Schwellenländern die Möglichkeit bietet, sich verstärkt um die Sicherstellung und Verbesserung der Basisversorgung (Ernährung, Medizin, Ausbildung) und dem Aufbau nachhaltiger sozialer und ökonomischer Strukturen einzusetzen und eine primäre Ausrichtung auf die Exportorientierung vermeidet;
  - der eine Entschuldung der Entwicklungsländer initiiert und eine Schuldenstreichung beinhaltet, die es ihnen ermöglicht, eine nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln.

Berlin, den 12. September 2000

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

## Begründung

1. Ziel bei der Gründung des Bretton-Woods-Systems nach dem Zweiten Weltkrieg war die Gewährleistung eines Aufschwungs der internationalen Handelspolitik durch Stabilisierung der Wechselkurse, so dass im Inland nicht mit massiven Währungs- und Preisschwankungen gerechnet werden musste. Zu diesem Zweck wollte die Staatengemeinschaft unter Führung der USA und Großbritannien ihre internationalen wirtschaftlichen Beziehungen zur Finanzierung des Wiederaufbaus sowie des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs einschließlich der Währungspolitik in eine institutionelle Form bringen und schuf den IWF und die Weltbank. Aus diesem Gründungskonsens bildete sich die Aufgabe des IWF heraus, seine Mitgliedstaaten vor allem vor Währungskrisen zu schützen und einzelnen Staaten die Möglichkeit zu geben, kurzfristige Zahlungsbilanzdefizite durch Kreditaufnahme auszugleichen. Ursprüngliches Ziel der Kreditvergabe war die Stabilisierung der heimischen Währungen und der Wechselkurse, um so eine nationale Wachstums- und Beschäftigungspolitik international abzusichern.
2. Mit dem Zerfall des in den IWF-Statuten festgelegten Systems der festen Wechselkurse und der steigenden Verschuldung vieler Entwicklungsländer konzentrierte sich der IWF zunehmend auf die Aufgabe, der Einflussnahme und der wirtschaftspolitischen Beaufsichtigung der Entwicklungsländer. Dieser Einfluss entsteht in zweierlei Hinsicht: Erstens greifen seine Auflagen bei der Kreditvergabe in die Innenpolitik der Kreditnehmer ein. Zweitens hat jeder IWF-Kredit für private Kreditgeber und transnationale Konzerne eine Signalfunktion. Länderspezifische Auflagen des IWF können wiederum nur gemacht werden, wenn Einblick in die internen Strukturen gewährt wird und eine klare Vorgabe von angestrebten wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen besteht. Hierauf abgestimmt werden die Mittel vergeben, um die Ziele mit den dafür als notwendig angesehenen Instrumenten zu erreichen. Durch diese Struktur werden den Ländern, die aus unterschiedlichsten Gründen mit dem IWF und der Weltbank zusammenarbeiten, Vorgaben für ihre Entscheidungen gemacht. Die Souveränität, mittels demokratischer Entscheidungen über die Ziele der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bestimmen, wird damit letztendlich außer Kraft gesetzt. Intransparenz bei der Kreditvergabe und eine harte Konditionalität für das Schuldnerland sind Kernbestandteil jeder IWF-Beistandsverhandlung. Über die Kreditvergabe und daraus abgeleitete Verpflichtungen werden folgende Ziele zur Struktur- anpassung durchgesetzt: Kürzung der Staatsausgaben durch eine restriktive Fiskal-, Geld- und Kreditpolitik; Abwertung (Wechselkurskorrektur) der Währung; Abbau von Handelsbeschränkungen (Liberalisierung) und Exportorientierung; Deregulierung von Märkten und Preisen, was zur Abschaffung von Preissubventionen für Grundbedarfsartikel führt; Privatisierung und institutionelle Reformen in der staatlichen Verwaltung, in den Staatsbetrieben und Unterstützung der produktiven Ressourcen (good governance). Die Ergebnisse dieser Politik sind jedoch ernüchternd. Statt wirtschaftlichem Aufschwung und Wachstum ergeben sich in den meisten Fällen nur ökonomische Stagnation, zunehmende Armut und Einkommenskonzentration. Für Afrika und Lateinamerika sind dies die Erfahrungen in den 80er und 90er Jahren, was auch die interne Evaluation von IWF/Weltbank bestätigt.
3. Gemessen an den erklärten Zielen, vor allem der Armutsbekämpfung, ist die Politik der Weltbank ebenso gescheitert. Ihre Kreditvergabe konzentrierte sich in der Vergangenheit auf 11 Länder (70 %), wobei die weiteren 145 Mitgliedsländer der Weltbank die verbleibenden 30 % der Mittel unter sich aufteilten. 80 % der gesamten Kredite flossen nicht an arme Länder, denen

der Zugang zu privatem Kapital durch negative Ratings verbaut ist, sondern an „reichere“ Länder, die die benötigten Mittel ebenso am privaten Kapitalmarkt hätten aufnehmen können. Nach interner Evaluation des Ziels, einen positiven Entwicklungsbeitrag zu leisten, die Armut zu reduzieren und die Verschuldung zu verringern, sind ca. 60 % der gesamten Projekte fehlgeschlagen. Diese Fehlerrate ist besonders hoch in den ärmsten Ländern, also den Hauptzielgebieten der Weltbankprogramme, wo sie ca. 70 % beträgt. Alles in allem zeichnen sich der IWF und die Weltbank durch eine falsche und sozial schädliche Politik aus, die nichts mit den selbstgesetzten Zielen zu tun haben. Der IWF hat seine ursprüngliche Aufgabe, der Sicherung weltweiter Liquidität zur Garantie von Währungs- und Wechselkursstabilität angesichts der seit den 70er Jahren häufiger auftretenden Finanzmarktkrisen verfehlt.

4. Die bisher vorgeschlagenen Instrumente zur Krisenprävention sind untauglich, da die wirtschafts- und finanzpolitischen Empfehlungen des IWF selbst eine wesentliche Ursache für die Krisen sind. Dazu zählen das Drängen auf freie Wechselkurse bzw. die Anbindung der nationalen Währung an den Dollar (eine Leitwährung, die in Konkurrenz zu anderen Währungen steht), die Liberalisierung der nationalen Finanzmärkte und die Deregulierung trotz nicht vorhandener institutioneller Rahmenbedingungen. Daneben griff die über den IWF durchgesetzte Konsolidierungspolitik nach und während der Krise 1997 auf die falschen Instrumente zurück, denn das Kernproblem war gerade nicht die steigende Staatsverschuldung. Massive weltweite Kapitalschichtungen und „exzessive Liquidität“ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 1998/99) führten zum Zusammenbruch der Wechselkurse, der Abwertung und dem Einsatz der Währungsreserven für Stützungskäufe und zur Stabilisierung der heimischen Wirtschaft. Die Verursacher aus den Industrieländern wiederum (private Akteure, Banken, Unternehmen und Finanzinstitutionen) konnten durch die Hilfsaktionen des IWF im Vergleich zu den Entwicklungsländern diese Krise relativ gut überstehen. Der Effekt davon ist die stärkere „Konsolidierung“ der Staatshaushalte und die Restrukturierung des Unternehmenssektors, was durch Massenarbeitslosigkeit, Lohnzurückhaltung und soziale Einschnitte finanziert wird. Die Armut steigt und die Entwicklungserfolge der letzten Jahre sind vernichtet. Die Weltbank kann hier nur wenig helfen, denn sie ist gekennzeichnet durch eine Politik, in der die Kreditvergabe aus den eigenen institutionellen Vorgaben und den Bedürfnissen der Industriestaaten abgeleitet wird. Die Projekt- und Programmförderung verfehlen ihre Ziele, sind selten nachhaltig konzipiert und stehen häufig in Konkurrenz zu Projekten und Programmen der regionalen Entwicklungsbanken.
5. Ein Kernproblem, das angegangen werden muss, ist die Verschuldungssituation in den Entwicklungsländern. Das Verhältnis von Schuldendienst zu Schuldenstand lag für diese Länder in der ersten Hälfte der 90er Jahre bei 12,7 % und stieg in den letzten beiden Jahrzehnten auf 16,5 % (IWF, World Economic Outlook 1999). Ein ähnlicher Trend besteht für die Relation von Schuldendienst und Exporterlösen. Die Finanzmarktkrisen haben diese Situation zusätzlich verschärft, da die Abwertung gegenüber dem US-Dollar es notwendig macht, einen erheblich größeren Betrag zur Rückzahlung aufzubringen. Damit wächst der Anteil des Sozialprodukts, gemessen in inländischer Währung, der zum Schuldendienst verwendet werden muss. Die sofortige Schuldenstreichung, wie sie auch der „Meltzer-Report“ für die ärmsten Länder vorschlägt, wäre ein erster Schritt, um die Notwendigkeit nach massivem Kapitalzufluss in die Entwicklungs- und Schwellenländer zu begrenzen. Die auf dem Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Köln angekündigte

Schuldeninitiative hingegen hat bisher zu keinen Ergebnissen geführt und wird auch in Zukunft die Probleme nicht lösen können.

6. Strukturelle und mikroökonomische Reformen (Transparenzerhöhung, bessere Finanzmarktaufsicht, Herstellung institutioneller Rahmenbedingungen etc.) reichen allein nicht aus, um die Stabilität der Finanzmärkte und des internationalen Finanzsystems zu erhöhen. Waren bis Anfang der 70er Jahre die Zins- und Wechselkursrisiken aufgrund des Systems fester Wechselkurse gering, so entfiel diese makroökonomische Stabilität mit der Freigabe der Wechselkurse. Die damit verbundene Einschätzung, bei flexiblen Wechselkursen würden die Märkte von sich aus zu einem Gleichgewicht tendieren und damit eine Wechselkursstabilität erzeugen, hat sich als falsch erwiesen. Ergebnisse sind stattdessen Fehlentwicklungen an den Devisenmärkten, Informationsasymmetrien und die Zunahme von Sicherungsgeschäften gegen Währungs- und Zinsschwankungen, was sich in steigenden Umsätzen auf den Finanzmärkten niederschlägt. Um diese und andere Fehlentwicklungen zu reduzieren, bedarf es Wechselkursen, die sich annähernd an ökonomischen Fundamentaldaten orientieren. Fehlt dies, führen übermäßige Schwankungen an den Devisenmärkten zu negativen Auswirkungen in anderen Teilen der Finanzmärkte und zu massiven gesamtwirtschaftlichen Störungen auf den Güter- und Arbeitsmärkten, die im Zuge der internationalen Vernetzung weltweit wirksam werden können.

Zur Lösung der Probleme sind eine makroökonomische Koordinierung und Stabilisierung der Wechselkurse, mit dem Ziel, eine sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung zu ermöglichen, notwendig. Hierzu bedarf es vor allem der politischen Bereitschaft, eine koordinierte Absprache zwischen den Regierungen der großen Währungsblöcke (US-Dollar, Euro, Yen) zu erreichen. Nebensächlich wäre dabei der Begriff, mit dem dieser Ansatz belegt würde (Zielzonen, gestaltete Wechselkursflexibilität oder managed floating). Das grundsätzliche Problem muss angegangen werden: Wechselkurstrends, die sich vom internationalen Inflations- und Zinsgefälle lösen, sind ein Störfaktor für das Erreichen gesamtwirtschaftlicher Ziele in den einzelnen Ländern sowie für die Weltwirtschaft insgesamt. Sie erzeugen Spannungen, die später zu ruckartigen Kurskorrekturen an den Devisenmärkten mit einem Überschießen der Wechselkurse führen. Bei der Stabilisierung der Wechselkurse kann angeknüpft werden an die Erfahrungen der Zentralbanken bei ihrer Festlegung der Geldmengenziele. Es ist nicht ersichtlich, warum diese Praxis der Zentralbanken hinsichtlich des Geldmengenwachstums sich als erfolgreich erwiesen hat und ein vergleichbares Vorgehen bei der Bestimmung von Referenzwerten für Wechselkurse der drei großen Währungen scheitern muss. Genau hier ist die Politik gefragt, die die Globalisierung durch eine internationale Koordinierung ergänzt, um das permanente Marktversagen zu begrenzen.

7. Destabilisierende Spekulationen aufgrund von „Herdenverhalten“ der Anleger führte mit zu den übermäßigen Marktausschlägen aufgrund von kurzfristigen massenhaften Kapitalab- und -zuflüssen. Hier spielen die institutionellen Anleger und kurzfristige Kredite eine herausragende Rolle. Ihre finanzielle Verflechtung mit dem Bankensystem ist entscheidend, da ihnen hohe Bankkredite zur Verfügung gestellt werden, die sie als „Kredithebel“ nutzen können. Da Spekulation in der Regel nicht mit eigenem, sondern mit geliehenem Geld erfolgt, kann vermutet werden, dass derartige Kredite insbesondere an Hedge- und Investmentfonds vorwiegend der kurzfristigen Finanzspekulation dienen. Demnach ist die Kreditvergabe zu verteuern z. B. durch die Erhöhung der Eigenkapitalquoten für rein projektspezifische Forderungen der Banken, d. h. für Bankkredite, die nicht zweckgebunden

sind für z. B. Konsumgüterkäufe, Investitionen, Handelsfinanzierung. Die Banken werden die Kosten für die Haltung höherer Eigenkapitalquoten an die Kreditnehmer weitergeben, so dass sich ihr Engagement verteuern und damit vermindern wird. Gleichzeitig ist eine Verbesserung der Bankenaufsicht unabdingbar, sollen die Instabilitäten, die sich aus der Zahlungsunfähigkeit bei Verlusten ergeben, und die damit verbundenen Kettenreaktionen minimiert werden. Die verbesserte Aufsicht allein greift jedoch zu kurz, da drei Viertel der Hedgefonds ihren Sitz in Offshore-Finanzzentren haben und sich so jeder Kontrolle entziehen. Eine Bestrafung von Banken und Finanzinstitutionen, die Geschäfte mit dort ansässigen Institutionen betreiben ist erforderlich, so lange der rechtsfreie Raum besteht.

8. Auch in den Industrieländern besteht ein grundsätzliches Problem mit deregulierten Finanzmärkten; sie stellen die soziale Demokratie in Frage. Politische Entscheidungen werden zunehmend direkt oder indirekt durch Finanzinstitutionen und Konzerne beeinflusst, so dass parlamentarisches Handeln als Nachvollzug von externen Vorgaben wahrgenommen wird. Die stärkeren ökonomischen Interessen setzen sich durch und verlangen eine spezielle Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sowohl den Arbeitsalltag als auch das gesellschaftliche Leben der Steigerung des „Sharholder Values“ aussetzt. Dementsprechend wird über die internationalen Fonds eine „Sachzwanglogik“ durchgesetzt, die auch in den OECD-Staaten eine Strukturanpassung mit ähnlichen Instrumenten wie in den Entwicklungs- und Schwellenländern (s. o.) begründet. Die Reform der internationalen Finanzarchitektur muss deshalb die Ansprüche nach demokratischer und sozialer Teilhabe für alle beinhalten und kann sich nicht allein mit der Krisenprävention und der institutionellen Reform begnügen. Denn bereits das störungsfreie Funktionieren der Finanzmärkte führt zu massiven gesellschaftlichen Veränderungen und Problemen.